

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXVII
Einleitung	1
<i>1. Kapitel: Zum Begriff und Wesen des Going Private</i>	
§ 1 Zum Begriff des Going Private	3
I. Ursprung des Begriffs	3
II. Bedeutung des Begriffs	4
§ 2 Begriffsbestimmungen	7
I. Verwandte Begriffe und deren Abgrenzung zum Begriff Going Private	7
II. Weitere Begriffsbestimmungen (Verdeutlichung des Begriffs)	14
§ 3 Echte Going Private-Transaktionen in der Praxis: Fallgruppen, Zielsetzungen und Gründe	21
I. Vorbemerkung	21
II. Fallgruppen von echten Going Private-Transaktionen	22
§ 4 Dem Going Private ähnliche Transaktionen in der Praxis (Fallgruppen und Problematik)	40
I. Hinweis auf Drittparteitransaktionen mit dem Ziel der Privatisierung im allgemeinen (Going Private im weitesten Sinn)	40
II. Differenzierungen	42
III. Die dem Going Private ähnlichen Transaktionen im einzelnen	48
IV. Gründe für dem Going Private ähnliche Transaktionen	53
§ 5 Verbreitung des Going Private in der Schweiz	54
I. Verbreitung der klassischen Going Private-Transaktion und der Going Private-Transaktion der 80er Jahre	54
II. Verbreitung von Mutter-Tochtergesellschaftsfusionen	57
III. Dem Going Private ähnliche Transaktionen	58

2. Kapitel: Die Strukturierung von Going Private-Transaktionen

§ 6 Techniken des Going Private	59
I. Vorbemerkung	59
II. Allgemeine Übernahmetechniken und deren Eignung für das Going Private	60
III. Spezifische Techniken zur Eliminierung von Minderheitsaktionären	68
§ 7 Das Herzstück bei der Strukturierung einer Going Private-Transaktion: Die Finanzierung	87
I. Vorbemerkung	87
II. Überblick über die Finanzierungsmethoden ohne direkten Einbezug von Mitteln der Ziel-AG	87
III. Die Leverage-Finanzierungstechnik	89
IV. Zivilrechtliche Grenzen der Leverage-Finanzierungstechnik	96
V. Hinweis auf steuerrechtliche Problematik	142
§ 8 Einzelfragen	144
I. Hinweise auf die Rolle des Anwalts, auf konzeptionell wichtige Verträge sowie auf die Vermeidung einer Doppelvertretung	144
II. Vermeidung von Insiderhandel	150
III. Die Dekotierung der Aktientitel an der Börse	155

3. Kapitel: Going Private und Aktionärsschutz

§ 9 Die faktische Problematik von Going Private Transaktionen: "Alle Vorteile bei den Insidern"	157
I. Der eigengeschäftähnliche Charakter	157
II. Das zwanghafte Element von Going Private	160
III. Wissensvorsprung und die Frage nach der Relevanz des Börsenkurses	164
IV. Weitere Vorteile für die Insider	168
V. Der Kern der Problematik: Die begründete Vermutung, dass der von den Insidern den aussenstehenden Aktionären offerierte Preis unfair sein könnte	168
VI. Die Frage nach dem fairen Preis	168
§ 10 Zum Postulat des Aktionärsschutzes bei Going Private-Transaktionen	171
I. Gründe für einen griffigen Aktionärsschutz	171

II.	Das dieser Arbeit zugrundeliegende Bild des Publikumsaktionärs und dessen schützenswerte Interessen	175
III.	Die für den Aktionärsschutz bei Going Private-Transaktionen massgebenden Rechtsgrundsätze	178
§ 11	Schutz durch Kapitalmarktrecht	181
I.	Allgemeines	181
II.	Schutz durch Insiderstrafrecht (Going Private als Insiderstraftatbestand?)	183
III.	Schutz durch den schweizerischen Übernahmekodex	191
IV.	Going Private und der Entwurf zum eidgenössischen Börsengesetz (BEHG)	201
V.	Hinweis auf die Going Private-Norm der amerikanischen Securities and Exchange Commission (SEC)	204
§ 12	Schutz durch Obligationenrecht, Allgemeiner Teil (Willensmängel)	208
I.	Vorbemerkung	208
II.	Grundlagenirrtum	208
III.	Absichtliche Täuschung	210
IV.	Fazit	211
§ 13	Spezifische aktienrechtliche Schutzmöglichkeiten bei der (echten und unechten) Going Private-Fusion	212
I.	Schutz durch formelle Schranken der Mehrheitsmacht	212
II.	Schutz durch materielle Schranken der Mehrheitsmacht: Die Anfechtungsklage gemäss Art. 706f. OR	218
§ 14	Aktienrechtlicher Schutz bei allen Techniken und Formen des Going Private	239
I.	Ungenügen der allgemeinen Kontrollrechte des Aktionärs	239
II.	Schutz durch Recht auf Sonderprüfung?	240
III.	Schutz durch Verantwortlichkeitsrecht	243
§ 15	Zusammenfassung der Ergebnisse des dritten Kapitels	279
I.	Die faktische Problematik aus Sicht des Publikumsaktionärs	279
II.	Schutz durch Kapitalmarktrecht	279
III.	Schutz durch Obligationenrecht, Allgemeiner Teil (Willensmängel)	280
IV.	Aktienrechtlicher Schutz	281

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Literaturverzeichnis	XXVII
Einleitung	1
<i>1. Kapitel:</i>	
<i>Zum Begriff und Wesen des Going Private</i>	
<i>§ 1 Zum Begriff des Going Private</i>	3
I. Ursprung des Begriffs	3
II. Bedeutung des Begriffs	4
A. Allgemeine Begriffsumschreibung	4
B. Going Private im engeren und im weiteren Sinn	4
<i>§ 2 Begriffsbestimmungen</i>	7
I. Verwandte Begriffe und deren Abgrenzung zum Begriff Going Private	7
A. Management Buyout und Leveraged Buyout	7
1. MBO	7
2. LBO	7
3. Abgrenzung der Begriffe zueinander	8
4. Abgrenzung der Begriffe MBO und LBO zum Begriff Going Private	9
B. Freezeout-, Squeezeout- und Takeout Merger; Going Private-Fusion	10
C. Parent-Subsidiary Merger und Second Stage Takeout (Mutter-Tochtergesellschaftsfusion)	11
D. Gesellschaftsübernahme, Mehrstufige Gesellschaftsübernahme, Drittpartei-Transaktion und Transaktion unter Aussenstehenden (Third Party Acquisition, Arm's Length Merger)	12
II. Weitere Begriffsbestimmungen (Verdeutlichung des Begriffs)	14
A. Der Begriff des Insiders oder Kontrollinhabers	14
1. Der Begriff des Insiders	14

2. Kategorien von Insidern bei Going Private-Transaktionen	14
2.1 Mitglieder der Unternehmensleitung (Organe im formellen Sinn)	14
2.2 Kontrollierende Aktionäre (Organe im materiellen Sinn)	15
2.3 LBO-Promotoren (Drittinvestoren)	16
B. Die Begriffe Publikums-AG und Privat-AG und deren Abgrenzung	16
1. Fehlende gesetzliche Differenzierung	16
2. Typologische Umschreibung von Publikums- und Privat-AG	17
3. Abgrenzung	18
3.1 Marktgängigkeit als Abgrenzungskriterium	18
3.2 Grundsätzliches Abstellen auf Börsenkotierung	18
4. Definition von Publikums- und Privat-AG	20
§ 3 <i>Echte Going Private-Transaktionen in der Praxis: Fallgruppen, Zielsetzungen und Gründe</i>	21
I. Vorbemerkung	21
II. Fallgruppen von echten Going Private-Transaktionen	22
A. Die klassische Going Private-Transaktion	22
1. Wesen	22
2. Zielsetzung und Gründe	24
B. Die Going Private-Transaktionen der 80er Jahre (Management und Leveraged Buyouts von Publikumsgesellschaften)	26
1. Wesen	26
2. Zielsetzung und Motive	28
C. Mutter-Tochtergesellschaftsfusionen (Parent-Subsidiary Mergers)	33
1. Wesen	33
2. Mutter-Tochtergesellschaftsfusion mittels "echtem" und "unechtem" Takeout; Muttergesellschaft als Publikums-AG und als Privat-AG	34
3. Zielsetzungen und Gründe der Mutter-Tochtergesellschaftsfusion	36
§ 4 <i>Dem Going Private ähnliche Transaktionen in der Praxis (Fallgruppen und Problematik)</i>	40
I. Hinweis auf Drittparteitransaktionen mit dem Ziel der Privatisierung im allgemeinen (Going Private im weitesten Sinn)	40
II. Differenzierungen	42
A. Grundtypus 1: "Going Private" als einstufiger Unternehmenszusammenschluss unter Aussenstehenden mittels Fusion	42

B.	Grundtypus 2: "Going Private" als letzte Stufe einer mehrstufigen Unternehmensübernahme durch einen Aussenstehenden (Two-Step Acquisition)	44
III.	Die dem Going Private ähnlichen Transaktionen im einzelnen	48
A.	"Going Private" nach dem vorausgegangenen privaten Kauf eines kontrollierenden Aktienpaketes vom ehemaligen Mehrheitsaktionär	48
B.	"Going Private" nach einem vorausgegangenen öffentlichen Teilangebot ("Front-End-loaded" Two-Step Acquisition)	50
C.	MBO einer Publikumsgesellschaft ohne "Going Private"	52
IV.	Gründe für dem Going Private ähnliche Transaktionen	53
§ 5	<i>Verbreitung des Going Private in der Schweiz</i>	54
I.	Verbreitung der klassischen Going Private-Transaktion und der Going Private-Transaktion der 80er Jahre	54
II.	Verbreitung von Mutter-Tochtergesellschaftsfusionen	57
III.	Dem Going Private ähnliche Transaktionen	58

2. Kapitel:

Die Strukturierung von Going Private-Transaktionen

§ 6	<i>Techniken des Going Private</i>	59
I.	Vorbemerkung	59
II.	Allgemeine Übernahmetechniken und deren Eignung für das Going Private	60
A.	Erwerb einzelner Aktien über die Börse	60
B.	Privater Erwerb eines (kontrollierenden oder nicht kontrollierenden) Aktienpaketes	61
C.	Öffentliches Übernahmeangebot	62
1.	Begriff und Wesen	62
2.	Attraktivität und Erfolgsaussichten	63
3.	Going Private-Tender Offer, Issuer Tender Offer und die nach schweizerischem Recht eingeschränkte Möglichkeit des Erwerbes eigener Aktien	65
4.	Hinweis auf den Begriff der Quasifusion	67

III.	Spezifische Techniken zur Eliminierung von Minderheitsaktionären	68
A.	Wichtigkeit der Eliminierung der bestehenden Minderheitsaktionäre für den Erwerber	68
	1. Fragestellung	68
	2. Wichtigkeit der Eliminierung unter rechtlichen und rechtspolitischen Gesichtspunkten	69
	3. Die Wichtigkeit der Eliminierung unter wirtschaftlichen und geschäftspolitischen Aspekten	71
B.	Techniken des Schweizer Rechts	73
	1. Fusion (Annexion)	73
	2. Unechte Fusion	78
	3. Kapitalherabsetzung, Aktienamortisation und Kapitalherabsetzung unter gleichzeitiger Wiedererhöhung des Aktienkapitals als weitere theoretisch denkbare Möglichkeiten	80
C.	Hinweis auf Techniken des amerikanischen Rechts	82
	1. Long Form Merger	82
	2. Short Form Merger	83
	3. Reverse Stock Split	84
	4. Sale of Assets (followed bei Dissolution) und Dissolution (followed by Sale of Assets)	85
§ 7	<i>Das Herzstück bei der Strukturierung einer Going Private-Transaktion: Die Finanzierung</i>	87
I.	Vorbemerkung	87
II.	Überblick über die Finanzierungsmethoden ohne direkten Einbezug von Mitteln der Ziel-AG	87
III.	Die Leverage-Finanzierungstechnik	89
	A. Funktionsprinzip	89
	B. Vorbedingungen für das Gelingen eines LBOs	91
	C. Bestandteile der LBO-Finanzierung	93
IV.	Zivilrechtliche Grenzen der Leverage-Finanzierungstechnik	96
	A. Die zivilrechtlich kritischen Vorgänge	96
	B. Verstoss gegen den Gesellschaftszweck?	98
	1. LBO als generell zweckwidriger Vorgang?	98
	2. Zweckbindung der AG als Abgrenzungskriterium für die Zulässigkeit von LBOs	100
	3. Möglichkeit einer Genehmigung der Finanzierung durch die Generalversammlung?	102
	4. Fazit	105

C. Verstoss gegen die guten Sitten?	106
D. Die Instrumente des LBOs und die gesetzlichen Kapitalschutz- vorschriften	107
1. Vorbemerkung	107
2. Darlehen der Zielgesellschaft an die Holdinggesellschaft	108
2.1 Die Frage der Verletzung des Einlagerückgewährsverbotes von OR 680 II	108
2.2 Darlehen an die Holdinggesellschaft als verdeckte Gewinnausschüttung?	111
2.3 Darlehen an die Holdinggesellschaft als faktisches non versé?	113
3. Sicherheitsleistungen der Zielgesellschaft	115
4. Darlehen der Bank an die Zielgesellschaft	120
E. Schutz der Gläubiger durch konkursrechtliche Anfechtungsklagen	121
1. Exkurs: Hinweis auf das amerikanische Fraudulent Conveyance Law	121
1.1 Überblick	121
1.2 Anwendung auf Buyout-Fälle	122
2. Paulianische Anfechtungsklagen	126
2.1 Überblick	126
2.2 Anwendung im Zusammenhang mit einem LBO	126
a) Schenkungspauliana	127
b) Absichtspauliana	130
F. Erwerb eigener Aktien und Überschuldung	131
G. Verantwortlichkeit der Gesellschaftsorgane	132
1. Zivilrechtliche Verantwortlichkeit	132
2. Exkurs: Strafrechtliche Verantwortlichkeit	136
2.1 Ungetreue Geschäftsführung	137
2.2 Leichtsinniger Konkurs und Vermögensverfall	138
H. Hinweis auf Anschlussfusion als weiteres "Instrument" der LBO-Finanzierung	139
I. Zusammenfassung und Würdigung	140
V. Hinweis auf steuerrechtliche Problematik	142
§ 8 <i>Einzelfragen</i>	144
I. Hinweise auf die Rolle des Anwalts, auf konzeptionell wichtige Verträge sowie auf die Vermeidung einer Doppelvertretung	144
A. Die Rolle des Anwaltes	144
B. Hinweis auf konzeptionell wichtige Verträge	145

C.	Vermeidung einer Doppelvertretung	149
II.	Vermeidung von Insiderhandel	150
A.	Fragestellung	150
B.	Zivilrechtliche Pflicht des VR der Ziel-AG zur Vermeidung von Insiderhandel	150
C.	Die Frage der strafrechtlichen Mitverantwortung der Initianten für von Angestellten der Gesellschaft begangene Insiderdelikte beim Unterlassen von Vorkehrungen zu deren Verhinderung oder zur Abwendung von deren Erfolg	152
III.	Die Dekotierung der Aktientitel an der Börse	155

3. Kapitel:

Going Private und Aktionärsschutz

§ 9	<i>Die faktische Problematik von Going Private-Transaktionen: "Alle Vorteile bei den Insidern"</i>	157
I.	Der eigengeschäftähnliche Charakter	157
A.	Der Begriff des Eigengeschäftes	157
B.	Analogien von Going Private-Transaktionen zum Eigengeschäft	158
1.	Going Private als Vertrag zwischen Bezugspersonen und einem Dritten	158
2.	Einseitiges Festlegen der Bedingungen	158
3.	Interessenkonflikt	160
C.	Unterschiede zum traditionellen Eigengeschäft	160
II.	Das zwanghafte Element von Going Private	160
A.	Bei der Going Private-Fusion	160
B.	Bei der Going Private-Tender Offer	161
III.	Wissensvorsprung und die Frage nach der Relevanz des Börsenkurses	164
A.	Wissensvorsprung	164
B.	Die Frage nach der Relevanz des Börsenkurses	165
IV.	Weitere Vorteile für die Insider	168
V.	Der Kern der Problematik: Die begründete Vermutung, dass der von den Insidern den aussenstehenden Aktionären offerierte Preis unfair sein könnte	168

VI.	Die Frage nach dem fairen Preis	168
§ 10	<i>Zum Postulat des Aktionärsschutzes bei Going Private-Transaktionen</i>	171
I.	Gründe für einen griffigen Aktionärsschutz	171
II.	Das dieser Arbeit zugrundeliegende Bild des Publikumsaktionärs und dessen schützenswerte Interessen	175
III.	Die für den Aktionärsschutz bei Going Private-Transaktionen massgebenden Rechtsgrundsätze	178
§ 11	<i>Schutz durch Kapitalmarktrecht</i>	181
I.	Allgemeines	181
II.	Schutz durch Insiderstrafrecht (Going Private als Insiderstraftatbestand?)	183
	A. Fragestellung	183
	B. Grundsatz	184
	C. Versuch einer Subsumierung von Going Private-Transaktionen unter die einzelnen Tatbestandsmerkmale von Art. 161 StGB	186
	1. "Kenntnis einer vertraulichen Tatsache"	186
	2. Vorsatz, insbesondere hinsichtlich der Verschaffung eines Vermögensvorteiles	189
	D. Fazit	190
III.	Schutz durch den schweizerischen Übernahmekodex	191
	A. Allgemeine Vorbemerkungen	191
	1. Rechtsnatur und Bedeutung, Handhabung	191
	2. Zweck und Inhalt	192
	B. Bedeutung für den Aktionärsschutz bei Going Private Transaktionen	193
	1. Hinweis auf eingeschränkte Anwendbarkeit	193
	2. Gleichbehandlungsgebot	193
	3. Verfahrensbestimmungen	194
	4. Offenlegungspflichten	196
	4.1 Bedeutung	196
	4.2 Fehlen jeglicher Informationspflicht für die betroffene Gesellschaft	197
	a) Inhalt der Erl. A.d. zu Ziff. 1 des Kodexes	197
	b) Regulatorische Zementierung des bestehenden Informationsdefizites	197

c) Folgerung	197
d) Bedeutung für die vorliegende Thematik	198
4.3 Bestätigung des Bieters, über keine vertraulichen Kenntnisse zu verfügen	199
4.4 Angaben zum Übernahmepreis für die Titel	200
4.5 Beschreibung der Finanzierung	200
IV. Going Private und der Entwurf zum eidgenössischen Börsengesetz (BEHG)	201
A. Fehlen von Going Private-spezifischen Schutzregeln	201
B. Kraftloserklärung der restlichen Beteiligungspapiere	201
C. Zunahme von Going Private-Transaktionen bei Einführung eines Zwangsangebotes	203
D. Pflicht der Zielverwaltung zur Stellungnahme	203
V. Hinweis auf die Going Private-Norm der amerikanischen Securities and Exchange Commission (SEC)	204
A. Einleitende Bemerkung	204
B. Anwendungsbereich	204
C. Inhalt	205
1. Wartefristen	205
2. Offenzulegende Angaben (Disclosure Requirements – Schedule 13E-3)	205
D. Würdigung	206
§ 12 Schutz durch Obligationenrecht, Allgemeiner Teil (Willensmängel)	208
I. Vorbemerkung	208
II. Grundlagenirrtum	208
III. Absichtliche Täuschung	210
IV. Fazit	211
§ 13 Spezifische aktienrechtliche Schutzmöglichkeiten bei der (echten und unechten) Going Private-Fusion	212
I. Schutz durch formelle Schranken der Mehrheitsmacht	212
A. Kein Schutz durch die Quorumsvorschrift von OR 704 I	212
B. Kein Schutz durch den Fusionsvertrag	212

C.	Schutz durch Stimmrechtsverbot als mögliche Massnahme de lege ferenda?	214
1.	Lückenhaftigkeit des Gesetzes	214
2.	Ablehnung eines gesetzlichen Stimmrechtsverbotes bezüglich des Fusionsbeschlusses	215
3.	Einführung einer Sonderabstimmung zum Entscheid über das Umtauschverhältnis der Aktien?	216
4.	Statuierung der Einholung der Zustimmung der aussenstehenden Aktionäre als auf Freiwilligkeit beruhende Verhaltensrichtlinie	217
II.	Schutz durch materielle Schranken der Mehrheitsmacht: Die Anfechtungsklage gemäss Art. 706f. OR	218
A.	Summarische Grundlegung	218
B.	Das "neue" Recht	220
C.	Die beiden Aspekte einer möglichen Anfechtung bei der Going Private-Fusion (Takeout-Fusion)	221
D.	Anfechtung wegen "Missbrauchs des Fusionsstatutes"	222
E.	Anfechtung wegen einer unfairen Abfindung bzw. wegen eines unfairen Umtauschverhältnisses	226
1.	Bei der unechten Fusion	226
2.	Bei der echten Fusion	226
2.1	Der Gleichbehandlungsgrundsatz und das Gebot der schonenden Rechtsausübung	226
2.2	Anwendung auf die Going Private-Fusion	230
3.	Zur praktischen Problematik der Anfechtung wegen einer unfairen Abfindung bzw. eines unfairen Umtauschverhältnisses	232
§ 14	<i>Aktienrechtlicher Schutz bei allen Techniken und Formen des Going Private</i>	239
I.	Ungenügen der allgemeinen Kontrollrechte des Aktionärs	239
II.	Schutz durch Recht auf Sonderprüfung?	240
III.	Schutz durch Verantwortlichkeitsrecht	243
A.	Allgemeines zu den Voraussetzungen der aktienrechtlichen Verantwortlichkeit bei Going Private-Transaktionen	243
B.	Die Passivlegitimation der Initianten von Going Private-Transaktionen	245
1.	Die Frage der Passivlegitimation als Frage der Organqualität	245
2.	Formelle oder materielle Organstellung der Initianten von Going Private-Transaktionen	246
3.	Zur Passivlegitimation der LBO-Promotoren sowie der Erwerbsgesellschaft	248

3.1	Verantwortlichkeit der LBO-Promotoren sowie der beratenden Bank	248
3.2	Haftbarkeit der Erwerbsgesellschaft	249
C.	Zur Frage der Treuepflicht der Exekutivorgane gegenüber den Aktionären	253
1.	Zur Treuepflicht der Exekutivorgane im allgemeinen	253
2.	Zur Treuepflicht gegenüber den Aktionären im besonderen	254
3.	Exkurs: Konkrete Verhaltenspflichten der Zielverwaltung bei öffentlichen Übernahmeangeboten im allgemeinen	258
3.1	Zur Frage der Handlungspflicht des Verwaltungsrates	258
3.2	Primärer Inhalt der Handlungspflicht: Pflicht zur Stellungnahme	259
3.3	Weitergehende Informationspflicht?	261
3.4	Die Ergreifung besonderer Massnahmen zum Schutz der Aktionäre	261
4.	Konkretisierung der Treuepflicht im Hinblick auf Going Private-Transaktionen	262
4.1	Besonderheit der Going Private-Situation	262
4.2	"Dealing at Arm's Length" und "Fair Pricing"	263
4.3	Spezifische Verhaltenspflichten bei der Going Private-Tender Offer	265
a)	Pflicht zur Stellungnahme	265
b)	Ausstandspflicht	265
c)	Pflichten der übrigen Verwaltungsräte	266
d)	Freiwillige Massnahmen	267
4.4	Pflichten bei der (echten und unechten) Going Private-Fusion	268
a)	Pflicht, sich für ein angemessenes Umtauschverhältnis bzw. eine faire Abfindung einzusetzen	268
b)	Besondere Verhaltenspflichten der "interessierten" Organe	268
aa)	Ausstandspflicht	268
bb)	Weitere Verhaltensregeln	269
c)	Verhaltenspflichten der aussenstehenden Verwaltungsräte	269
5.	Postulat der Statuierung dieser Verhaltensregeln in Gesetz oder Verordnung	270
D.	Schaden und Kausalzusammenhang	270
1.	Schaden als Grundvoraussetzung für ein gerichtliches Vorgehen gegenüber den Exekutivorganen	270
2.	Schaden und Schadensnachweis	271
2.1	Konkreter Schadensbegriff und Beweislast	271
2.2	Praktische Probleme des Schadensnachweises	272
3.	Adäquater Kausalzusammenhang	273

3.1 Allgemeines	273
3.2 Unterbrechung des Kausalzusammenhanges	274
a) Bei der Going Private-Tender Offer	274
b) Bei der Going Private-Fusion	276
E. Schlussfolgerungen	276
§ 15 Zusammenfassung der Ergebnisse des dritten Kapitels	279
I. Die faktische Problematik aus Sicht des Publikumsaktionärs	279
II. Schutz durch Kapitalmarktrecht	279
III. Schutz durch Obligationenrecht, Allgemeiner Teil (Willensmängel)	280
IV. Aktienrechtlicher Schutz	281
A. Aktienrechtliche Schutzmöglichkeiten bei der (echten und unechten) Going Private-Fusion	281
1. Kein Schutz durch formelle Schranken der Mehrheitsmacht	281
2. Schutz durch materielle Schranken der Mehrheitsmacht: Die Anfechtungsklage gemäss OR 706f.	281
B. Aktienrechtlicher Schutz bei allen Techniken und Formen des Going Private	283
1. Schutz durch Kontrollrechte des Aktionärs	283
2. Schutz durch Verantwortlichkeitsrecht	283